

NIEDERSCHRIFT

über die 21. Beratung des UVO - Ausschusses am 14.06.2017

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:40 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung; Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Sahlmann, Ausschussvorsitzende, begrüßt die anwesenden Gäste, die Mitglieder des Ausschusses und die Verwaltung. Weiterhin werden Herr Prof. Dr. Welsch, Jäger und Vorsitzender der Jagdgenossenschaft Kleinmachnow/Stahnsdorf sowie Frau Stein, Leiterin „Carat Jugendarbeit“ und Frau Merkel, Jugendsozialarbeiterin begrüßt.

Es wird festgestellt, dass allen Mitgliedern die Unterlagen rechtzeitig und vollständig zugegangen sind. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 14.06.2017

Es gibt einen Antrag auf Rederecht von Herrn Puhan-Schulz, Anwohner Käthe-Kollwitz-Straße, zum TOP 11.1 „Barrierefreie Gehwege in der Gemeinde Kleinmachnow – DS-Nr. 089/17“.

Abstimmung des Rederechts: einstimmig empfohlen

Die Tagesordnung, einschließlich Rederecht, wird festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 03.05.2017

Es liegen keine mündlichen und schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vom 03.05.2017 vor. Die Niederschrift wird festgestellt.

TOP 4 Bericht der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Informationen.

TOP 5 Informationen zur Jagdausübung in der Ortslage Kleinmachnow; zu Gast Herr Prof. Dr. Welsch, Vorsitzender der Jagdgenossenschaft

Stahnsdorf/Kleinmachnow

Herr Prof. Dr. Welsch macht Ausführungen zur Jagdausübung in Kleinmachnow und informiert unter anderem:

- Zuständige Behörde für die Jagd ist der Landkreis Potsdam-Mittelmark, Untere Jagdbehörde.
- wo darf und wo darf nicht geschossen werden
- insgesamt sei es sehr schwer, in der Ortslage zu schießen
- es gebe drei „Sorten“ von Wildschweinen (WS): die einen leben draußen und kommen zur Nahrungssuche rein, die anderen leben drinnen und gehen zur Nahrungssuche raus – das ist ein geringer Teil – ein dritter Teil der Population lebe innerorts, bleibt dort und geht dort auch auf Nahrungssuche; in Kleinmachnow lebe weitverbreitet dieser dritte Teil der Population (reichhaltiges Nahrungsangebot)
- informiert über die erfolgreiche Bejagung von WS in Rostock; Uniprojekt, haben 5 Jahre geforscht, WS wurden besendert, man habe festgestellt, wo die WS herkommen und wo sie sich aufhalten und die meisten WS blieben einfach innerorts. Weiter wurde festgestellt, dass man die Bejagungsstrategie umstellen müsse – versuchen, die alten Bachen zu schießen auch Leitbächen; das Ganze auch mit moderneren Methoden (Lichtverstärker), Stücke besendern. Das größte Hindernis für die Umsetzung eines solchen Vorhabens sei der durchtradierte Jäger, der sich von den herkömmlichen Vorstellungen schlecht lösen mag. In Rostock sei das WS-Problem gelöst.
- Es gibt zwei Pächter und 12 Begehungsscheininhaber im Ort.
- Geschossen wurden im letzten Jagdjahr 7 Stück Rehwild (davon 2 Unfallwild), Schwarzwild ca. 65/75 Stück davon (10/12 Stück Unfallwild)
- Drückjagden finden im Ort nicht statt
- Friedhofs Jagd im letzten Jahr war nicht erfolgreich (keine Schussabgaben möglich)
- Zum 31.03.2019 läuft der Pachtvertrag aus (Verpächter sei die Jagdgenossenschaft also die Vereinigung der Grundeigentümer mit bejagbarer Fläche).
- Abschusspläne für Rehwild gibt es nicht mehr – es kann so viel geschossen werden, wie möglich
- Den Abschuss von Schwarzwild könne man schlecht planen; deswegen gibt es keinen Abschussplan für Schwarzwild, sondern es wird eine Mindestabschusszahl festgesetzt; für Kleinmachnow wird diese Zahl regelmäßig festgesetzt mit 75 Stück und diese 75 Stück kommen auch pro Jahr zu Tode; stabile Tendenz immer zwischen 70 und 85 Stück
- Abschussprämie für Schwarzwild – eher für Leitbächen ab 50 kg (Abrechnung/ Verwaltungsaufwand zu hoch)
- Vergrämungsmittel haben bisher noch nichts genutzt
- Ausstattung mit Sender – Forschungsprogramm wie in Rostock - habe man sich für Kleinmachnow auch schon überlegt; Kosten liegen bei ca. 50.000,00 €; die Summe konnte nicht aufgebracht werden
- kein jagdlicher Druck beim Landesbetrieb Forst
- „Wer seinen eigenen Garten schützen will, der muss das selber tun!“
- Das Verabreichen von Medikamenten (Pille) ist verboten.
- Eine Vermarktung des Fleisches wäre mit einem sehr hohen Aufwand verbunden.

Der Ausschuss bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Welsch für sein Kommen und die vielen Informationen.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Schulz-Kersting, Frau K. Heilmann, Herr Gutheins, Frau Storch, Herr Weis

TOP 6**Bericht des Teams mobile Jugendarbeit zur Situation der Treffpunkte für Jugendliche, speziell am Düppelteich**

Frau Merkel berichtet, dass sie hier im Ort bereits seit 4 Jahren als mobile Jugendsozialarbeiterin tätig sei. Sie arbeite in diesem Bereich mit einem Kollegen zusammen. Ein Teil ihrer Arbeit sei das Aufsuchen der Jugendlichen an ihren Treffpunkten und dazu gehört auch der Düppelteich. In den letzten Monaten war sie sehr oft dort vor Ort gewesen. Ziel war es, erst einmal zu schauen, wer sich dort überhaupt trifft, wie viele Jugendliche und was für Gruppen sind das, könne überhaupt Kontakt aufgebaut werden. Die Erfahrung sei gewesen, dass die meisten angetroffenen Jugendlichen sehr offen waren. Mit den Jugendlichen wurde die Thematik Lärm/Müll besprochen und versucht, sie zu sensibilisieren; hier gab es bedingte Offenheit. Die Idee war dann, die Anwohner und die Jugendlichen ins Gespräch zu bekommen.

Somit fand am Freitag, dem 09.06.2017, gegen 17.00 Uhr, ein Treffen am Düppelteich mit Herrn Grubert, Frau Leißner (FB-Leiterin Recht/Sicherheit/Ordnung), Frau Konrad (FB-Leiterin für Schule-, Kultur- und Gebäudemanagement), Frau Merkel (Jugendsozialarbeiterin von der „Carat Jugendarbeit“), Gemeindevertretern, Anwohnern und den Jugendlichen statt.

Frau Merkel: „Es sei gelungen, Jugendliche und Anwohner ins Gespräch zu bekommen. Es war aus meiner Sicht ein teilweise kontroverses, aber konstruktives Gespräch, d. h. der Bürgermeister hat sich bemüht, alle die reden wollten, auch reden zu lassen und es auch zu moderieren. Es gab ganz unterschiedliche Haltungen. Zum einen stören die Jugendlichen überhaupt nicht und zum anderen stören die Jugendlichen schon irgendwie. Ich hatte bei den meisten das Gefühl, dass sie sehr offen waren, sonst wären sie vermutlich auch nicht gekommen. Bei dem moderierten Gespräch wurden ein paar Regeln aufgefrischt bzw. vereinbart. Eine dieser Regeln bezog sich auf den Lärm. Hier wurde vereinbart, dass nach 21.00 Uhr über Bluetooth-Boxen, die die meisten Jugendlichen inzwischen haben, keine Musik mehr abgespielt wird. Eine andere Regel betraf den Müll. Es gibt am Düppelteich nur einen Mülleimer und am Spielplatz auch nur einen Mülleimer. Die Vereinbarung ist, dass die Mülleimer nachbestückt werden. Nach Abschluss dieses offiziell moderierten Gesprächs haben sich Stehtischrunden gebildet, wo sich Jugendliche und Anwohner ganz aktiv miteinander unterhalten haben, wo teilweise richtig gute Kontakte entstanden sind und Verabredungen getroffen wurden. Das ist so der aktuelle Stand. Meine weitere Vorgehensweise ist die gleiche, die ich in den letzten Monaten verfolgt habe, dass ich zwei- bis dreimal dort vor Ort bin. Die Zeiten liegen in der Regel im Nachmittagsbereich ca. 15 – 20 Uhr, im Sommer auch freitags und samstags, auch zu später Zeit ab ca. 20.00 Uhr.“

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Aufstellung weiterer Mülleimer und einer Hundetoilette
- versuchen, die Jugendlichen direkt anzusprechen, nicht gleich immer die Polizei rufen
- Jugendlichen ev. in die Umgestaltung des Düppelteichs einbeziehen
- häufiges Kontrollieren
- ein nächstes Treffen sei im September angedacht

- Treffen auf eine spätere Uhrzeit legen (Berufstätige berücksichtigen)
- **Deutlich wurde, dass sich die Jugendlichen eine Fläche/einen Platz wünschen, wo sie sich aufhalten können!**

An der Diskussion beteiligten sich: Frau K. Heilmann, Herr Schramm, Herr Krause, Frau Sahlmann, Frau Storch, Herr Weis

TOP 7**Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung; hier: Auswertung der Bürgerwerkstätten vom 27.02.2017 und 28.02.2017**

Herr Dr. Prüger informiert, dass die zweite Bürgerwerkstatt am 19.09.2017 stattfinden soll. Die Einladungen dafür werden am 14.08.2017 verschickt. Die Zusammenfassung aus dem ersten Teil des Bürgerdialoges sei im Netz zu finden.

Anfrage Herr Sahlmann: „Wird es möglich sein, dass die Gemeindevertreter und die Sachkundigen bereits vorher diesen Lösungsansatz, der jetzt ja erarbeitet wird, zugeschickt/zugemailt bekommen können?“

Beantwortung Herr Dr. Prüger: „Das ist nicht so gedacht. Wir machen einen Bürgerdialog. Die Gemeinde erarbeitet selbst keinen Lösungsansatz.“

Herr Gutheins spricht die schlechte Qualität des übersandten ersten Bürgerdialoges an.

Ausführung Herr Weis: „Es gab den Hinweis von Bürgern, dass einer der Moderatoren von dem Moderationsbüro plötzlich die Partei der Verwaltung ergriffen habe und das bitte ich doch mit dem Büro zu klären. Weiterhin habe ich mir die Straßen einmal angeschaut und mir ist aufgefallen, dass unabhängig von dem Problem Parken in der Sommerfeldsiedlung es auch unterschiedliche Qualitäten an Straßenzuständen gibt. Und da ist die Frage, ob man da vielleicht zur Thematik Straßenzustand in irgendeiner Form noch vor der Bürgerversammlung im September qualifizierte Daten bekommt, wie der Straßenaufbau in bestimmten Bereichen ist, die aus Sicht der Verwaltung Sanierungsnotwendigkeit haben? Großes Thema sei auch gewesen, wie welche Kosten auf die Bürger umgelegt werden.“

Erwiderung Herr Dr. Prüger: „Das ist eine interessante Anregung und eine sehr schwierige Frage, die nicht einfach mit ja oder nein oder Straßenzustand zu beantworten ist, weil die Meinungen sehr weit auseinander gehen. Ich kann Sie nur bitten, ich als Verwaltung bitte unsere Gemeindevertreter und Sachkundigen, werben Sie dafür im Rahmen der Möglichkeiten, dass der Ort in Ordnung gebracht wird.“

Der Ausschuss schließt sich mehrheitlich der Bitte von Herrn Dr. Prüger an.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Sahlmann, Herr Gutheins, Herr Weis, Frau Sahlmann

TOP 8**Sachstand Verkehrskonzept Ampelschaltung**

Frau K. Heilmann, Frau Chr. Heilmann und Herr Dabbagh haben die Sitzung verlassen.

Herr Dr. Prüger erläutert anhand des Planes vom 21.09.2016 den Ist-Stand der Ampelschaltungen (s. Anlage 2). Die Vorschläge zur Veränderung von Herrn Fritzsche sind in der Anlage 3 dargestellt. Die Änderungsvorschläge von Frau Storch sind in

der Anlage 4 ersichtlich.

Von der Busgesellschaft, Herrn Grüschow, kam die Aussage, dass die Ampelschaltungen so, wie sie jetzt existieren, für die Durchführung des Busverkehrs in Ordnung sind.

Herr Schramm bat um Überprüfung der Schaltzeiten der Ampelanlage 10 (Ampelanlage s. Nr. aus der Tabelle).

Herr Weis bat darum, dass

- die Anpassung der Lichtsignalanlagen auch mit einem Kreuzungsumbau einhergehen muss,
- die Betriebszeiten von Montag bis Freitag durch einheitlich von 6 bis 20 Uhr und am Sonnabend und am Sonntag von 8 bis 20 Uhr eingestellt werden sollen,
- die Schaltung von Fußgängersignalen auch nach 20 Uhr möglich sein sollte und dass
- eine Fußgängerbedarfsampel auch in Höhe des neuen Gemeindesaals der Kirche im alten Dorf aufgestellt werden soll.

Als weitere Verfahrensweise schlägt Dr. Prüger vor:

- Einigung darüber erzielen, welche Veränderungen gewünscht sind, speziell an welchen Lichtsignalanlagen (LSA), dann Einzelabstimmung für jede einzelne LSA.
- Im Anschluss daran Prüfung der technischen Machbarkeit und der Kosten.
- Einbeziehung des Landesbetriebs für Straßenwesen Brandenburg (nicht alle Ampeln sind gemeindeeigene Ampeln) und der Busgesellschaft (Zeitenänderungen und Planungsunterlagen müssen eingereicht und geprüft werden)
- kontinuierliche Sicherstellung der Finanzierung über den Haushalt
- dann Umsetzung der einzelnen Maßnahmen

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Unterlagen rechtzeitig vorlegen!
- LSA des Landesbetriebes (LS) sollten in die Betrachtung einbezogen werden
- über die einzelnen LSA, die wir selber bewirtschaften, beraten
- LSA hinsichtlich der Verkehrssicherheit und der Verkehrssteuerung betrachten
- brauchen Leitlinien, wie der Verkehr fließen soll (Dynamisierung, Umfeld betrachten)
- kein Konzept für alle Ampeln, sondern jeden Fall einzeln betrachten
- Änderung der Schaltzeiten, grüne Pfeile
- Verwaltung möge einen Vorschlag machen (an einem Beispiel einer Ampel/Kosten)
- Verkehrsfluss herstellen/verbessern; Umweltbelastung damit positiv verändern
- eventuell Planer einschalten
- Radfahrampeln

Herr Weis zu Protokoll: „Das, was Herr Dr. Prüger ausgeführt hat und was ich eingereicht habe, hat die AG Barrierefreiheit, an der auch Herr Dr. Prüger teilnimmt, erarbeitet und diskutiert. Auch wenn er in dieser Sitzung nicht anwesend war. Ich glaube schon, Herr Dr. Prüger, wir wären gut beraten, wenn wir das so machen, dass wir von Ihnen einen Vorschlag bekommen. Und ich glaube auch, dass wir gut beraten sind, wenn wir nicht zu jeder einzelnen Ampel eine verschiedene Uhrzeit haben oder wenn wir jetzt diskutieren, ob diese Ampel konkret eine Steuerung für Radverkehrs-Bevorrechtigung bekommt. Wir reden hier in einer Gemeinde, wo wir einen Radver-

kehranteil von 60 % haben wollen und nicht einen Autoanteil von 100 % an der Ampelanlage. Also sind das doch Dinge, die man einfach betrachten muss, bevor wir in diesem Ausschuss diskutieren an einer Musterampel mit welchen Kosten wir rechnen müssen und ob es überhaupt machbar ist mit der alten oder neuen Technik. Wenn wir in die Dynamisierung kommen, dann stellt sich das ganz klar so dar, dass irgendwo ein Ampelrechner stehen muss. Im Rathaus Stahnsdorf steht auch ein Ampelrechner vom LS für die ehemalige L 76/77. D. h., man muss gewisse Technik dahinter haben und alles strukturiert betrachten. Die Ampeln die wir heute bauen, OdF-Platz, sollten natürlich in der Lage sein, dass sie diese Sachen auch später nachgerüstet bekommen können, wenn Sie es nicht heute machen können. Wenn wir uns solch ein Programm hier in der Gemeinde auflegen, dann brauchen wir 5 Jahre, um diese Ampeln einfach anzunehmen. Und dazu kommen natürlich noch Vorgaben, die generell der Gesetzgeber uns gegeben hat, weil Barrierefreiheit z. B. ist eine gesetzliche Aufgabe die auch entsprechend runterbricht an bestimmten Stellen. Dann gibt es die Förderprogramme. Und das denke ich, da muss man erst einmal einen Grundsatz haben und dann sehen was steht dahinter, wie bekommen wir Geld. Herr Dr. Prüger, mir wäre es wichtig, dass wir kein großes externes Konzept für 40.000,00 € zusammengeschrieben bekommen, sondern Ihren Vorschlag wie Sie es machen wollen, was Sie sehen, welche Musterampel, meinetwegen Förster-Funke-Allee/Karl-Marx-Straße. Dahinter verbirgt sich ja für jeden die Entscheidung machen wir das aus wirtschaftlichen Gründen oder aus anderen gesetzlichen Gründen etc. Danke."

Herr Dr. Prüger wird einen Vorschlag erarbeiten und vorstellen.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Fritzsche, Herr Liebrecht, Herr Krause, Herr Schulz-Kersting, Herr Weis

Pause von 20.20 Uhr bis 20.30 Uhr

TOP 9	Mündliche Informationen der Verwaltung
--------------	-----------------------------------------------

TOP 9.1	Allgemeine mündliche Informationen der Bauverwaltung
----------------	-------------------------------------------------------------

Herr Dr. Prüger informiert zur Fällung von abgestorbenen Birken im Grünzug zwischen Reiterweg und Hufeisen (Sicherungsmaßnahmen). Bildmaterial wird dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

Weitere Informationen:

- Ortstermin Wald- und Wasserflächen Machnower Busch (Waldbewirtschaftungsvertrag) – organisiert Herr Dr. Prüger (s. UVO-Protokoll v. 03.05.2017 TOP 8.2)
- Die Sanierungsarbeiten Bushaltestelle Hohe Kiefer 39 beginnen noch in dieser Woche.
- Die Ausschreibung zur Herstellung barrierefreier Bushaltstellen ist erfolgt.
- Beendigung der Baumaßnahme Kreuzung OdF-Platz am 23.6.2017.
- Anträge für Baumpatenschaften liegen nicht vor.
- Der Auftrag zur Belüftungsmaßnahme Düppelteich ist erteilt worden.
- Der Ersatzweg um die Alteiche Nr. 454 am Zehlendorfer Damm ist ausgeschildert und fertiggestellt.

- Die Demarkierungsarbeiten in der Straße Rodelberg sind erfolgt.
- Das Straßenbegleitgrün in der Straße Rodelberg wurde geschnitten.
- In der Straße Heidefeld wurde die Naturblumenwiese ausgesät.
- Am 22.06.2017, 17.00 Uhr, findet die Besichtigung der Robinienflächen statt.

TOP 9.2 Allgemeine mündliche Informationen des Ordnungsamtes

Frau Leißner informiert

- Über den am 24.06.2017, von 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr, in Teltow auf dem Rathausmarkt stattfindenden Sicherheitstag; die Gemeinde Kleinmachnow wird mit einem Stand vertreten sein.
- Das Personal im Bürgerbüro wurde aufgestockt; (eine Stelle wurde nachbesetzt und eine zusätzliche fünfte Stelle besetzt).

TOP 10 Schriftliche Informationen der Verwaltung

TOP 10.1 Parkraumkonzept am Rathausmarkt

UVO 003/17

Frau Leißner erläutert das Parkraumkonzept.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- das Verhältnis der zeitlich beschränkten zu den zeitlich nichtbeschränkten Parkplätzen (zu viele zeitlich nicht beschränkte Parkplätze vorhanden)
- Pro-Meinung: Parkplätze an der Westseite der Sparkasse auch zeitlich beschränken, da hier Dauerparker stehen
- Contra-Meinung: Parkplätze an der Westseite der Sparkasse zeitlich nicht beschränken (besserer Verkehrsfluss)
- Radfahrer/ÖPNV fördern
- Zweiradstellplätze schaffen (Moped), hier Umsetzung des Antrages der Linken/Piraten
- Anwohnerparkplätze wurden durch die Eigentümergemeinschaft abgelehnt
- Es ist ein öffentlicher Parkplatz, welcher durch das Kleinmachnower OA kontrolliert wird. Die Einnahmen fließen in den Haushalt.
- Parkplätze am Gewog-Gebäude auch beschränken
- Müllcontainer, die im Moment Stellplätze belegen, sind zu entfernen

Frau Leißner gibt die Informationen an die gewog weiter; diese wird dann darüber entscheiden.

An der Diskussion beteiligten sich: Frau Sahlmann, Herr Köber, Herr Schramm, Herr Sahlmann, Herr Gutheins, Herr Weis

TOP 10.2 Stand der Vorbereitungen zum Neubau eines Sportplatzes am Dreilindener Weg

INFO 004/17

Herr Dr. Prüger erläutert die Information.
Es findet keine Aussprache statt.

TOP 11 **Beschlussempfehlung**

TOP 11.1 **Barrierefreie Gehwege in der Gemeinde Kleinmachnow, hier: Priorität des Ausbaus von Gehwegen bzw. Gehwegabschnitten (Grundsatzbeschluss) **DS-Nr. 089/17****

- 1) Die tabellarisch (vgl. Anlage 1, S. 14) und in einem Lageplan (vgl. Anlage 1, S. 16 sowie vgl. Anlage 2) angefügte Prioritätenliste zum systematischen Ausbau von Gehwegen bzw. Gehwegabschnitten wird gebilligt.
- 2) Der Bürgermeister wird beauftragt, den für die gemeindeeigenen öffentlichen Straßenverkehrsflächen in baulicher Hinsicht zuständigen Fachdienst Tiefbau/Gemeindegrün/Stadtwirtschaft im Fachbereich Bauen/Wohnen zu veranlassen, die damit vorgegebene Priorität der Bearbeitung zu beachten und umzusetzen.
- 3) Das zu jeweils zu erarbeitende Ausbauprogramm ist der Gemeindevertretung bzw. ihren Fachausschüssen vorab zur Information und in einem zweiten Schritt zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Bei der Erarbeitung ist die frühzeitige Einbeziehung aller von der Maßnahme betroffenen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer sicherzustellen.
- 4) Die daraus entstehenden Maßnahmen sollen in den kommenden vier Haushaltsjahren (Zeitraum 2018-2022) geplant und zur Umsetzung gebracht werden. Im Haushalt sind entsprechende Mittel für Planungs- und Baukosten vorzusehen.

Herr Puhon-Schulz nimmt sein Rederecht wahr (s. Anlage 5).

Frau Sahlmann erläutert, dass der Bauausschuss der Beschlussvorlage mit folgenden vier Maßgaben zugestimmt habe:

- Einbeziehung der Bürger
- Prüfung, ob die Änderung des Gehweges eine Instandhaltung oder ein Neubau ist
- erforderliche Mittel sind für jede einzelne Maßnahme einzustellen
- Ausbau der Gehwege soll schonend erfolgen (abgespeckte Version, kein Luxusausbau)

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Materialauswahl und Ausbauphase überdenken
- Rollstuhl- und Rollatorenfahrer beachten
- Prüfung und eventuell Einarbeitung der noch nicht ausgebauten Gehwege (s. Ausführungen Redebeitrag)

Frau Sahlmann schlägt vor, den Redebeitrag als 5. Maßgabe mit aufzunehmen (s. Redebeitrag - Beachtung der noch nicht ausgebauten Gehwege). Nach kurzer Diskussion dazu lehnt der Ausschuss das ab. **Der UVO-Ausschuss schließt sich dem Bauausschuss mit seinen Maßgaben an.**

Der Bauausschuss empfiehlt folgende Maßgaben aufzunehmen:

1. Bei der weiteren Planung zu den gemäß Prioritätenliste anstehenden Gehweg-Ausbauvorhaben sind die Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig mit einzubeziehen.
2. Für jedes anstehende Gehweg-Ausbauvorhaben ist zu prüfen, ob und inwieweit es sich um eine umlagepflichtige Maßnahme oder lediglich um eine Instandhaltung handelt.
3. In der jährlichen Haushaltsplanung ist festzulegen, in welcher Höhe Mittel zu den gemäß Prioritätenliste anstehenden Gehweg-Ausbauvorhaben erforderlich sind.
4. Es ist in jedem Einzelfall zu prüfen, welchen Umfang das Ausbauvorhaben haben soll.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Schramm, Herr Weis, Frau Sahlmann, Herr Sahlmann, Herr Schulz-Kersting, Herr Fritzsche, Herr Wolschon

**Abstimmung der DS-Nr. 089/17 mit den Maßgaben des Bauausschusses:
6 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 1 Enthaltung – einstimmig empfohlen**

TOP 12	Anträge
---------------	----------------

TOP 12.1	Beschränktes Halteverbot auf den Hauptstraßen
-----------------	------------------------------------------------------

DS-Nr. 080/17

Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich beim Landesbetrieb Straßenwesen sowie der Unteren Verkehrsaufsichtsbehörde für ein beschränktes Halteverbot auf den Hauptstraßen einzusetzen.

Das Halteverbot soll jeweils die Straßen nördlicher Zehlendorfer Damm (ab Höhe Förster-Funke-Allee), östliche Ernst-Thälmann-Straße bis Steinweg, Förster-Funke-Allee, Hohe Kiefer und den östlichen Stolper Weg bis Auf-/Abfahrten A115 umfassen. Es soll während der Tageszeit (Montag bis Freitag von 7 bis 19 Uhr) gelten.

Herr Schramm (Einreicher Fraktion Die Linke/Piraten) gibt eine kurze Erläuterung und bittet um konkrete Verbesserungsvorschläge bzw. um Zustimmung.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Wörter „östliche/östlichen“ streichen
- den Begriff „beschränktes Halteverbot“ ändern in „eingeschränktes Haltverbot“
- Zehlendorfer Damm südlicher Teil ebenso regelungsbedürftig wie der nördliche Teil
- Zehlendorfer Damm/Klausener Straße hier Verlängerung des Parkverbotes nach 19.00 Uhr
- Zehlendorfer Damm – waghalsige Überholmanöver
- E.-Thälmann-Str. hier versetztes Haltverbot
- Einbeziehung der Karl-Marx-Straße
- Einbeziehung Thomas-Müntzer-Damm

- Verkehrssicherheit/Umweltgedanke bei Beantragung mit einfließen lassen

Herr Schramm: „Es ist klar, dass davon nicht alles 1:1 so übernommen werden wird. Mit geht es darum, dem Bürgermeister an der Stelle eine kleine Handreichung mitzugeben, was sinnvoll sein könnte für die Entscheidungen. Ich fasse noch einmal zusammen, was die Änderungen sind aus der heutigen Diskussion und die ich übernehmen werde:

- der Begriff „beschränktes Halteverbot“ wird entsprechend immer durch „eingeschränktes Haltverbot“ ersetzt,
- das Wort „östliche“ vor östliche Ernst-Thälmann-Straße bis Steinweg kommt weg, so dass es nur noch Ernst-Thälmann-Straße bis Steinweg heißt,
- dann ist die Karl-Marx-Straße – von Berlin kommend – bis OdF-Platz aufgenommen und
- der Thomas-Müntzer-Damm.

**Abstimmung des Antrages mit den Änderungen von Herrn Schramm:
5 Ja-Stimmen / 1 Nein-Stimme / 1 Enthaltung – mehrheitlich empfohlen**

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Gutheins, Herr Krause, Herr Sahlmann, Herr Hermann, Herr Liebreiz, Herr Weis, Frau Sahlmann

TOP 12.2

Messtation auf dem Dach des Rathauses

DS-Nr. 081/17

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit einer Luftmessanlage auf dem Dach des Rathauses zu prüfen.

Besonderer Fokus soll auf die Luftqualität in Folge von Verkehrsemissionen gelegt werden (z. B. CO, NO₂, NO_x, PM). Dabei sind die Statik des Daches, die Kosten der Anschaffung sowie ggf. die Wartungskosten zu betrachten.

Die erhobenen Daten sollen nach Erhebung in zusammengefasster Form den Bürgern auf unserer Internetseite kleinmachnow.de zur Verfügung gestellt werden. Das Ergebnis des Prüfauftrages ist dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnung sowie dem Finanzausschuss vorzustellen.

Herr Schramm (Einreicher Fraktion Die Linke/Piraten) gibt eine kurze Erläuterung und bittet um konkrete Verbesserungsvorschläge bzw. um Zustimmung.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Messung an einer verkehrsreichen Straße
- Selbstbau-Luftdatensensor Kosten ca. 50,00 € (Selbstaufbau möglich), UNI-Projekt, wissenschaftliche Begleitung möglich/Daten im Internet abrufbar
- Projekt unterstützenswert
- keine teure Kostenvariante nehmen

Änderungsantrag des Einreichers:

- Der Betreff ist wie folgt zu ändern: „Messtation an einer verkehrsreichen Straße in Kleinmachnow“
- Der erste Satz im Beschlussvorschlag ist wie folgt zu ändern: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit einer Luftmessanlage an einer verkehrsreichen Straße in Kleinmachnow zu prüfen.“

Abstimmung des Antrages mit den Änderungen:

5 Ja-Stimmen / 2 Nein-Stimmen / 0 Enthaltung – mehrheitlich empfohlen

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Gutheins, Herr Weis, Herr Liebreuz

TOP 13

Offene Postenliste

Lfd.-Nr. 1- Neupflanzung von Eichen/Winterwartung am Zehlendorfer Damm

Der Landesbetrieb Straßenwesen hat begonnen, konkrete Planungen durchzuführen.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 2 – Parkraumproblematik/Parkraumbewirtschaftung Rathausmarkt

S. Ausführungen oben unter TOP 10.1.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 3 – Fertigstellung Gehweg am Stolper Weg

Im Moment kann damit nicht gerechnet werden, dass der Gehweg fertiggestellt wird. Das hat keine Priorität. Zurzeit werden aber Hinweisschilder aufgestellt, die den Gehweg ausweisen.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 4 – Parken zwischen den Bäumen im Sportforum Kleinmachnow

Es fand ein wiederholtes Gespräch mit dem neuen Besitzer Herrn Paul statt. Man habe sich darauf verständigt, kurzfristig Baumschutzbügel aufzustellen.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 5 – Überarbeitung der Stellplatzsatzung hinsichtlich der Fahrradstellplätze

Es gibt keine Regelung hinsichtlich der Fahrräder; verwaltungsinterne Prüfungen dazu laufen.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 6 – Erweiterung der vorhandenen Tempo-30-Zone für den Straßenzug Schleusenweg – R.-Breitscheid-Str. – E.-T.-Str. - OdF-Platz (DS-Nr. 043/17)

Die Untere Verkehrsbehörde wurde angeschrieben, über den Beschluss informiert sowie aufgefordert, nach pflichtgemäßem Ermessen zu handeln.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 7 – Sachstandsmitteilung Bordsteinabsenkung Zehlendorfer Damm/Meiereifeld

Dieser Punkt muss in der Verkehrsunfallkommission beraten werden; diese tagt im Juni 2017.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 8 – Rastplatz Düppelteich – Einbeziehung Streetworker/Sachstandsbericht

Siehe Ausführungen oben unter TOP 6.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 9 – Straße Feldfichten – dauerhaft parkendes Wohnmobil auf Gehweg/schlechte Sicht

In der Sommerfeldsiedlung werden die Gehwegparkenden toleriert. Man hoffe auf eine Änderung, wenn sich an der dortigen Situation etwas ändert. Es habe Gespräche mit dem Halter gegeben; diese fruchten nur nicht.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 10 – Zwei-Richtungs-Radweg am Stolper Weg zwischen Stahnsdorfer Damm und Heidefeld

Es gab Gespräche. Es müsste ein Antrag gestellt werden, dass dieser gegenläufige Radweg abgeordnet wird und der Radfahrer auf der Fahrbahn eine Markierung findet.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 11 – Bauarbeiten Gutshof – Wo befinden sich die bei den Ausgrabungen und Bauarbeiten zu Tage getretenen Fundstücke?

Fundstücke von Bedeutung werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften vom BLDAM (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum) in Verwahrung genommen und dort archiviert. Schutt und anderes, nach Beurteilung der Denkmalfachbehörde historisch nicht relevant, wurde entsorgt.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 12 - Prüfung Verlängerung Parkverbot in der E.-Thälmann-Straße, im Abschnitt Ginsterheide/ Elsternstieg (Richtung vom Odf-Platz weg); Prüfung Anordnung Parkverbot Zehlendorfer Damm

Es liegt der Antrag „Beschränktes Haltverbot auf den Hauptstraßen“ DS-Nr. 080/17 der Fraktion Die Linke/Piraten vor (s. TOP 12.1 der NS).

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 13 – Entspricht die Anzahl der Stellplätze, die vorhanden sind, dem B-Plan Ortszentrum Rathausmarkt bzw. was ist mit den auf den Stellplätzen befindlichen Müllplätzen der Wohnungseigentümer? Sind die Abstellflächen für Einkaufswagen am Rathausmarkt jetzt Stellplätze oder sind es Flächen, die nicht der Stellplatzsatzung unterliegen?“

In der ursprünglichen Baugenehmigung Az. 04724-02-30 vom 21.05.2003 wurden 295 Stellplätze (davon 5 Behindertenstellplätze) genehmigt. Diese Zahl wurde in den Berechnungen auch als erforderlich angegeben. Insgesamt gab es 5 Nachträge zu dieser Baugenehmigung. Lediglich im 5. Nachtrag, Baugenehmigung Az. 04930-04-20 vom 05.01.2005, sind im Lageplan zwei Einkaufswagenunterstände (einer auf dem linken und einer auf dem rechten Parkplatz) eingetragen. Beide Unterstände stehen nach Lageplan jeweils auf einem Stellplatz. In dem 5. Nachtrag ging es um die Änderung von Tür- und Außenanlagen, jedoch auf den Brandschutz bezogen, die Einkaufswagenunterstände wurden sonst nicht erwähnt. Hinweise auf die Errichtung der Einkaufswagenüberstände sowie der Müllbehälter auf den Stellplätzen sind in den Bauakten nicht zu finden.

Herr Weis: „Dieser Punkt hat sich nicht erledigt. Jetzt stellen wir fest, dass diese Abfallcontainer nicht genehmigt sind. Und jetzt ist die Frage: Wie geht es weiter? Ich bitte um Klärung.“

Herr Gutheins: „Plus Bio Company!“

Frau Leißner: „Die Bio Company hat einen neuen geeigneten Platz für die Mülltonnen geschaffen.“

Der Punkt bleibt in der Liste.

TOP 14

Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

Herr Weis:

1. „Meines Wissens ist es so, dass Grundstücke mit Hausnummern zu versehen

sind, wenn sie fertiggestellt wurden. Die Feuerwehr muss ja das Haus auch finden. Es geht um den Zehlendorfer Damm 72?“

Frau Leißner: „Das ist geregelt in der Ordnungsbehördlichen Verordnung.“

Die Verwaltung hat den Hinweis aufgenommen.

2. „Es gibt hier am Rathausmarkt das Problem, dass ein Schankgarten für den Italiener genehmigt wurde. Der Schankgarten befindet sich auf der Feuerwehrbewegungsfläche. Das Problem sind nicht die Tische und Stühle, sondern die festmontierten großen Schirme. Wie geht die Verwaltung damit um?“

Frau Leißner: „Eine Sondernutzungsgenehmigung für den Vorbesitzer und jetzigen Besitzer lag bzw. liegt für diese Fläche vor. Eine Probefahrt durch die Feuerwehr wurde an einem Markttag durchgeführt. Es gibt kleinere Schwachstellen, da sind wir dran.“

Frau Sahlmann führt aus, dass in den Straßen Zehlendorfer Damm und Erlenweg Baumfällarbeiten durchgeführt wurden und fragt nach, ob es möglich wäre, an den verbliebenen Bäumen Vogelkästen anzubringen? Eine Bürgerin hätte sie diesbezüglich angesprochen.

Herr Dr. Prüger: „Die Bürger haben selbst die Möglichkeit Vogelkästen zu kaufen und diese nach Rücksprache mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen an den von ihnen benannten Bäumen anzubringen oder anbringen zu lassen.“

Anfrage Frau Sahlmann: „Es gibt wohl Probleme mit den Ausnahmegenehmigungen zur Sondernutzung zum Parken und Halten auf Grünflächen. Sind Ausnahmegenehmigungen schon gestellt worden und wurden sie auch behandelt?“

Frau Leißner: „Wesentlicher Punkt der Satzung, die von Ihnen mehrheitlich beschlossen wurde, ist, dass, wer ein Grundstück hat und wer auf seinem Grundstück einen PKW abstellen kann, der bekommt keine Ausnahmegenehmigung. Das steht auch so in der Satzung. Wir haben jeden Antrag geprüft, es gibt sehr viele, zurzeit ca. 30 Stück. Wir haben noch keinen einzigen Antrag genehmigt, weil alle Beantragenden ein entsprechendes Grundstück haben, so dass sie ihr Auto auf ihr Grundstück stellen könnten. Deswegen haben wir noch keine Ausnahmegenehmigungen erteilt.“

Anfrage Herr Herrmann: „Besteht die Möglichkeit zur Herstellung eines FGÜ am Steinweg/E.-Thälmann-Straße in Höhe der Eisdielen?“

Dr. Prüger: „Es wurde bereits ein Antrag bei der Verkehrsbehörde gestellt; dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir wissen um das Problem. Ich stehe mit der Elternsprecherin in Kontakt und werde mit ihr über die Thematik reden und ihr auch die Schwierigkeiten darstellen, um solch eine Sache bzw. solch einen Wunsch umzusetzen.“

Der Punkt kommt in die OP-Liste.

Kleinmachnow, den 18.07.2017

Barbara Sahlmann
Vorsitzende des UVO - Ausschusses

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Ist-Stand Ampelschaltungen Kleinmachnow Stand 21.09.2016
3. Vorschläge Veränderungen Herr Fritzsche

4. Änderungsvorschläge Frau Storch
5. Redebeitrag von H. Puhan-Schulz (TOP 11.1)